



urgewald



Zerstörungen nach einem Luftangriff in der Stadt Saada, Jemen, 6. Januar 2018, Foto: REUTERS/Naif Rahma

Geschäfte mit dem Tod – Die Rolle Deutschlands im Jemen-Krieg

Drei Jahre dauert die Militärintervention von Saudi-Arabien und seinen Verbündeten in Jemen nun schon an. Sie hat eine humanitäre Katastrophe ausgelöst. Der Krieg treibt die Rüstungsetats der Golfstaaten in die Höhe und auch deutsche Rüstungskonzerne profitieren maßgeblich davon.

Nach Angaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI stiegen die Waffenimporte im Mittleren Osten im Zeitraum von 2013–2017 im Vergleich zu den Vorjahren um satte 103 Prozent. Aufgeschlüsselt nach Ländern, gehören mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Ägypten gleich drei Länder der im Jemen involvierten Kriegsparteien zu den Top-5 der weltweit größten Rüstungsimporteure. Neben den USA rüsten vor allem europäische Staaten und hier auch explizit Deutschland diese Region mit ihren Waffenlieferungen auf.¹

Das vorliegende Briefing informiert über deutsche Rüstungsexporte in die Golfregion während der letzten drei Jahre. Es beleuchtet und bewertet den Beschluss der neuen Bundesregierung, künftig keine neuen

Ausfuhren mehr an Länder zu genehmigen, welche **direkt** an diesem Krieg beteiligt sind. Außerdem zeigt es auf, welche Schlupflöcher deutsche Rüstungsfirmen weiter nutzen (können), um ihre Waffen in die Region zu liefern und was Politik und Konzerne tun müssen, um Rüstungsgeschäfte mit Krisenregionen zu verhindern.

Jemen – ein grausamer Krieg

Die Horrormeldungen aus dem Jemen reißen nicht ab: Nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) sind in den drei Kriegsjahren im Durchschnitt mindestens 110 Menschen pro Woche an den Folgen von Kriegsverletzungen gestorben.²

Maßgeblich mitbeteiligt an der Zuspitzung der humanitären Lage ist die von Saudi-Arabien angeführte Golfallianz, die seit drei Jahren in den

blutigen Bürgerkrieg im Jemen eingreift und mit Luftangriffen Land und Leute immer weiter ins Elend bombt. Die UN geht von mittlerweile 10.000 Toten und mehr als 52.000 Verletzten seit März 2015 aus. Besonders hoch ist die Zahl der zivilen Opfer: Über die Hälfte der Toten und rund ein Fünftel der Verletzten zählen als Zivil.³

Von über 15.000 gezählten Luftangriffen (bis Dez. 2017) trafen nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen über ein Drittel zivile Ziele wie Bauernhöfe, Märkte, Schulen, Gesundheitszentren oder Ähnliches. Die Hälfte der medizinischen Infrastruktur ist zerstört oder nicht funktionsfähig. Wichtige weitere Infrastruktur wie die Strom- und Wasserversorgung wurde ebenfalls zerstört.⁴

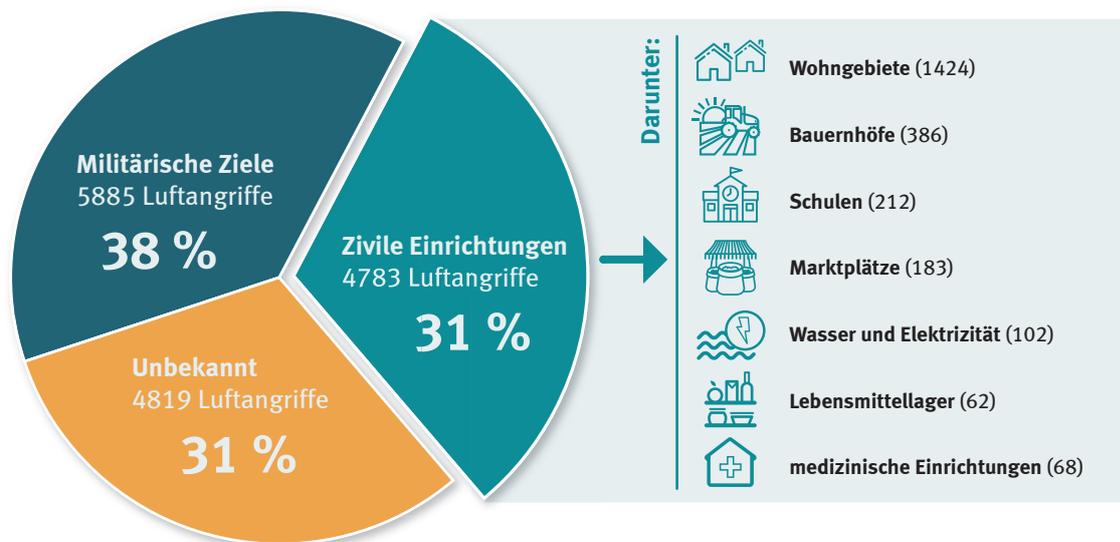
1 <https://www.sipri.org/news/press-release/2018/asia-and-middle-east-lead-rising-trend-arms-imports-us-exports-grow-significantly-says-sipri>

2 <http://www.ohchr.org/SiteCollectionImages/Countries/YE/2017/Infographic3YemenReport2017.jpg>

3 https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yemen_humanitarian_needs_overview_hno_2018_20171204_0.pdf; <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-29319423>

4 <https://mailchi.mp/005of0d53f33/1000-days-of-saudi-led-air-war-in-yemen-218143?e=c5a23e9692>

Ziele der Luftangriffe März 2015 – Dezember 2017



(Quelle: yemendataproject.org, Grafiken nach thenounproject.com)

Zudem schneidet die von der Golfallianz eingerichtete Seeblockade den von Nahrungsmittelimporten extrem abhängigen Jemen von Lieferungen ab. Die Folge: 8,4 Millionen Menschen sind vom Hungertod bedroht, darunter mindestens 400.000 Kinder im Alter von bis zu fünf Jahren.⁵

Saudi-Arabien stellt die Luftangriffe und die Seeblockade weiterhin als

„legitimen Krieg“ dar. Schließlich verfolge man lediglich das Ziel, dem international anerkannten, aber durch Houthi-Rebellen zur Flucht gezwungenen Übergangspräsidenten Hadi wieder die Kontrolle über das Land zu verschaffen.⁶ In den vergangenen drei Jahren hat die Golfallianz dabei allerdings immer wieder wahre „Gemetzel“ unter Zivilisten angeordnet, wie es der ehemalige Hohe

Kommissar für Menschenrechte der UN, Seid Raad al-Husein formuliert.⁷ Für einen Großteil der zivilen Opfer und zivilen Zerstörungen und für die damit einhergehenden Verletzungen des Völkerrechts machen sowohl die UN als auch internationale Hilfsorganisationen die Kriegskoalition der Golfstaaten verantwortlich.

Die wichtigsten Konfliktparteien im Jemen-Krieg:

Die Houthis: kontrollieren aktuell weite Gebiete Nord-Jemens; verstehen sich als Repräsentanten aller nord-jemenitischen Zaiditen, die 35 Prozent der Bevölkerung des Landes stellen. Zwischen 2004 und 2010 führten sie eine Art Guerillakrieg gegen die Truppen des damaligen Regimes; verbündeten sich 2014 bis kurz vor dessen Tode mit Truppen des 2011 abgesetzten autoritär regierenden Präsidenten Saleh; sind mit ihren Milizen verantwortlich für unzählige Kriegsverbrechen. Laut UN rekrutierten Houthi-Milizen seit Kriegsausbruch 2015 ca. 1000 Minderjährige für den Kampf.

Präsident Hadi: seit 2011 international, aber national kaum anerkannter Übergangspräsident des Jemen, floh 2015 nach Einnahme von Sanaa durch Houthi-Rebellen nach Saudi-Arabien und bat dort um militärische Unterstützung, um die eigene schwache Machtposition wieder zu stärken und den Vormarsch der Houthi-Saleh-Koalition zu stoppen.

Präsident Saleh: Saleh war von 1978-2012 autoritärer Staatspräsident im Jemen und musste infolge der Proteste des arabischen Frühlings zurücktreten; ging 2014

⁵ https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yemen_humanitarian_needs_overview_hno_2018_20171204_o.pdf; <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-29319423>

⁶ <https://www.welt.de/politik/ausland/article173878335/Saudi-Arabien-reagiert-verstimmt-auf-Stopp-deutscher-Waffenlieferungen.html>

⁷ Zit.n.: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/jemen-krieg-saudi-arabien-vereinigte-arabische-emirate>

ein Zweckbündnis mit den Houthis ein. Als er dieses Ende 2017 aufkündigte, wurde er von Houthi-Rebellen als „Verräter“ ermordet.

AQAP (Al Qaida auf der Arabischen Halbinsel): ist im Jemen zur Zeit vor allem ein lokaler Akteur, der jedoch mehrere kleinere Küstenstädte und Provinzen unter seiner Kontrolle hat und unbehelligt von der Golfallianz operieren kann. Es kommt auch immer wieder zu Selbstmordattentaten von AQAP-Mitgliedern.

Südliche Hirak-Bewegung: Die Hirak-Bewegung, die Unabhängigkeitsbewegung des Südens, bildete sich 2007 heraus. Sie strebt die erneute Unabhängigkeit des Südens des Landes an. Die Hirak-Bewegung begreift Präsident Hadi als Teil der feindlichen nordjemenitischen Regierung und wird in ihren Unabhängigkeitsbemühungen – im Gegensatz zu Saudi-Arabien, das noch an Hadi

festhält – von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt.

Die Golfallianz: Der Golfallianz gehören unter Führung Saudi-Arabiens aktuell die folgenden Länder an: die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Kuwait, Ägypten, Marokko, Sudan, Senegal und Bahrain. Ziel der Golfallianz ist es, die Macht der Houthi-Rebellen einzudämmen, die sie als verlängerten Arm des verfeindeten Iran begreift. Saudi-Arabien verteidigt die Luftbombardements und die Seeblockade als „legitimen Krieg“, da die Intervention durch eine UN-Resolution gedeckt sei.⁸ Die Vereinten Nationen machen die Golfallianz und ihre Luftbombardements für einen Großteil der zivilen Opfer verantwortlich und sehen das Völkerrecht regelmäßig durch deren Einsatz verletzt. Die USA, Großbritannien und Frankreich unterstützen die arabische Kriegsallianz militärisch und politisch.

Deutsche Rüstungsexporte an die Golfallianz

Seit Jahren steht die Bundesregierung wegen ihrer Rüstungsexportpolitik, welche Lieferungen in Krisengebiete nicht effektiv unterbindet, massiv in der Kritik. Trotz des Jemen-Krieges erteilte die Bundesregierung weiterhin großzügige Exportgenehmigungen für Mitglieder der Golfallianz. Zur Top-10-Liste der Empfängerstaaten gehören seit

Jahren Saudi-Arabien, die VAE und Ägypten. Allein in den drei Jahren des Krieges genehmigte der Bundessicherheitsrat Rüstungsexporte im Wert von über 4,6 Milliarden Euro an Länder der Golfallianz.⁹

Exportgenehmigungen wurden für U-Boote, Munition, Patrouillenboote sowie Bauteile für Kampfflugzeuge erteilt. Mit diesen Rüstungsgeschäften hat die Bundesregierung Kriegs-

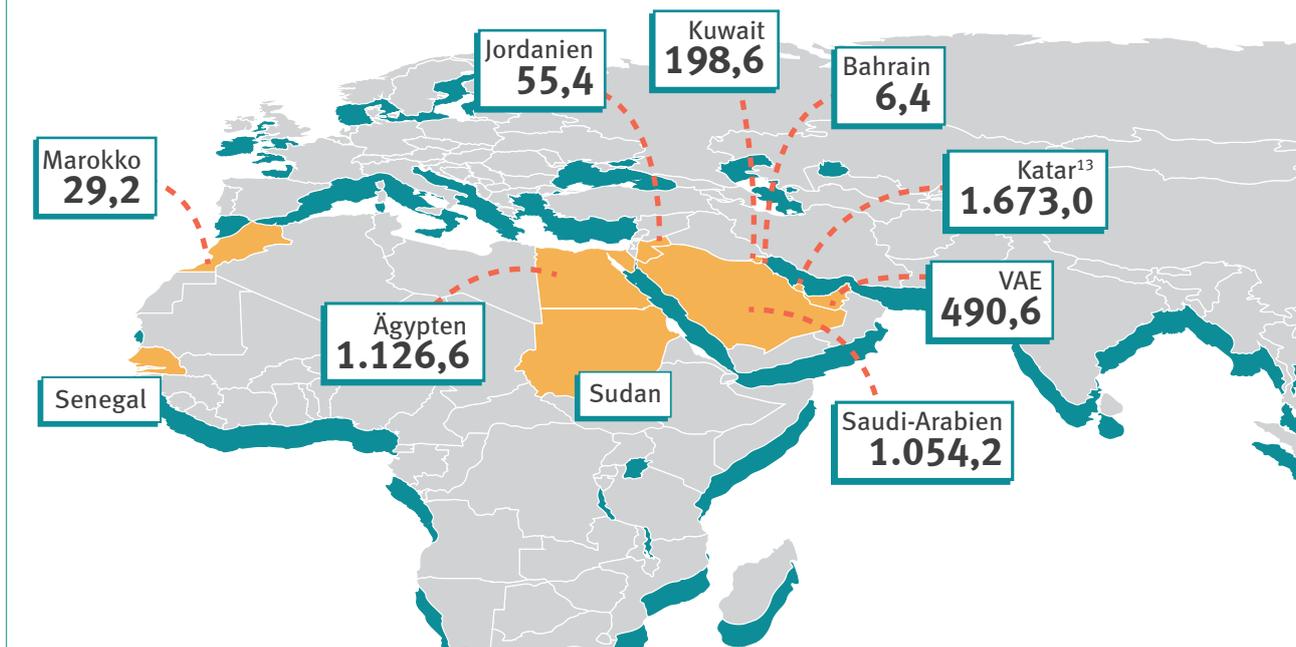
parteien wie Saudi-Arabien, die VAE, Ägypten und Katar aufgerüstet. Teilweise kommen derartige Güter im Jemen-Krieg direkt zum Einsatz. Etwa haben saudische Patrouillenboote geholfen Seehäfen zu blockieren und bei saudischen Luftangriffen kommt auch regelmäßig deutsche Technologie von Airbus und Partnern zum Einsatz, die teilweise in Deutschland hergestellt wird.¹⁰

8 zit.n.: <https://www.welt.de/politik/ausland/article173878335/Saudi-Arabien-reagiert-verstimmt-auf-Stopp-deutscher-Waffenlieferungen.html>

9 Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2015 und 2016; Zahlen für 2017 aus schriftliche Frage an die Bundesregierung (keine endgültigen Zahlen): https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/Schriftliche_Fragen_27_und_53_Stefan_Liebich.pdf

10 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/048/1804824.pdf>

Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter an die Golfallianz 2015–2017 (in Mio. Euro)



	Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter an die Golfallianz 2015–2017 (in Mio. Euro) ¹¹	Wichtige Rüstungsgüter (exemplarisch) ¹²	Exportierende Unternehmen
Katar ¹³	1.673,0	Leopard-2-Kampfpanzer Panzerhaubitzen	Krauss-Maffei Wegmann Rheinmetall
Ägypten	1.126,6	U-Boote Torpedos Lenkflugkörper	Thyssenkrupp Marine Systems Atlas Elektronik (heute TKMS) Diehl Defense
Saudi-Arabien	1.054,2	Patrouillenboote Zivile Hubschrauber mit militärischen Einbauten	Lürssen Werft MBDA (Airbus)
Vereinigte Arabische Emirate (VAE)	490,6	Vollautomatische Gewehre Komponenten für Gefechtsübungszentrum Patronen für Granatwaffen Zünder für Infanteriemunition und -patronen	Heckler & Koch Rheinmetall Rheinmetall Junghans Microtec
Kuwait	198,6	Teile für Patrouillenboote Spürpanzer	–
Jordanien	55,4	Maschinenpistolen, vollautomatische Gewehre	Heckler & Koch
Marokko	29,2	–	–
Bahrain	6,4	Teile für U-Boote und Kampfschiffe	–
Senegal Sudan	Geringe Beträge	Vor allem Schutzausrüstung	–

¹¹ Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2015 und 2016; Zahlen für 2017 aus schriftliche Frage an die Bundesregierung (keine endgültigen Zahlen):

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/Schriftliche_Fragen_27_und_53_Stefan_Liebich.pdf

¹² Drucksache 18/12788: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/127/1812788.pdf>

¹³ Katar gehörte bis Juni 2017 zur Golfallianz; Zahlen bei Katar nur für 2015 und 2016

Die neue GroKo: „Ein bisschen mehr Frieden“?

Angesichts der großzügigen Rüstungsexporte gen Nahost in den letzten drei Jahren nahmen Rüstungskritiker*innen das Ergebnis der Sondierungsgespräche, „ab sofort keine Ausfuhren an Länder zu genehmigen, solange diese am Jemen-Krieg beteiligt sind“¹⁴, mit Wohlwollen, aber auch einer gehörigen Portion Skepsis entgegen.

Denn, an guten Vorsätzen und politischen Willensbekundungen mangelte es der Großen Koalition auch in den letzten vier Jahren nicht. Fast mantraartig hat sie die Entscheidungsgrundlage wiederholt, dass „die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland bei der Entscheidungsfindung eine hervorgehobene Rolle“ spiele und dass der Export von Kriegswaffen an Drittländer nur in begründeten Ausnahmefällen genehmigt werde.¹⁵ Die aktuelle Genehmigungspraxis steht jedoch in krassem Widerspruch dazu und auch zu den schriftlich fixierten Grundsätzen und Prinzipien der Bundesregierung.

Und so währte die Aussage aus den Sondierungsgesprächen, Exporte an die am Jemen-Krieg beteiligten Länder ohne Wenn und Aber zu beenden, auch nicht lange. Schon deutlich wurde diese im Koalitionsvertrag aufgeweicht: So gilt das Exportverbot jetzt nur noch für Länder, die unmittelbar

am Jemen-Krieg beteiligt sind.¹⁶ Bis jetzt bleibt die Bundesregierung der Öffentlichkeit eine Antwort darüber schuldig, um welchen Länderkreis es sich dabei genau handelt.¹⁷

Ferner heißt es im Koalitionspapier, dass Firmen Vertrauensschutz erhalten, sofern sie nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland verbleiben. Diese Ausnahmeregel gilt wohl vor allem für folgende Großgeschäfte: für die Lieferung von 48 Patrouillenbooten der Lürssen Werft, die zu einem Großauftrag im Wert von ca. 1,5 Milliarden Euro an Saudi-Arabien gehören, sowie für die zwei U-Boote von Thyssenkrupp Marine Systems an Ägypten im Wert von ca. 500 Millionen Euro.¹⁸

Das politische Signal, das von dem Sondierungspapier hätte ausgehen können, droht zu verpuffen. Viel hängt jetzt davon ab, wie konsequent das Ergebnis der Koalitionsvereinbarungen de facto umgesetzt wird und ob auch weitere Schlupflöcher für Rüstungsdeals in Richtung Golfallianz gestopft werden.

Deutsche Rüstungsindustrie: Weiter Deals mit der Golfallianz

Die deutsche Rüstungsindustrie schlug direkt nach dem Sondierungsbeschluss Alarm. Sie warnte vor „deutschen Sonderwegen“, forderte

vorausgehend Schadensersatz und befürchtet nun Imageschäden bei den Kunden der Golfallianz. Dabei hat die deutsche Rüstungsindustrie längst Wege gefunden, sich von deutschen Exportregeln unabhängiger zu machen.¹⁹

Rheinmetall: Waffenlieferant auf Abwegen

Paradebeispiel ist in diesem Kontext Deutschlands größter Rüstungskonzern Rheinmetall, welcher einen Großteil seiner Rüstungsgeschäfte im Ausland macht.²⁰ Kontinuierlich beliefert er dabei auch die Jemen-Kriegsparteien Saudi-Arabien sowie die VAE. Dies geschieht teilweise mit Genehmigung durch die Bundesregierung (z.B. Munition, Gefechtsübungszentren), teilweise aber auch über Töchter- oder Gemeinschaftsunternehmen und Produktionsstätten in anderen Ländern. Ganz konkret kamen im Jemen-Krieg zum Beispiel Bomben des Typs MK 83 zum Einsatz, die von der italienischen Rheinmetall-Tochter RWM Italia produziert und von dort nach Saudi-Arabien exportiert worden waren.²¹

Über ein Gemeinschaftsunternehmen in Südafrika beliefert Rheinmetall die MENA-Region auch kontinuierlich mit Munition und errichtet sogar ganze schlüsselfertige Munitionsfabriken (z. B. in den VAE, Saudi Arabien). Zwei bis drei Munitions- oder Munitionsabfüllanlagen exportiert das Joint

14 <https://www.tagesschau.de/inland/ergebnis-sondierungen-101.pdf>

15 z.B.: https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/ruistungsexportgenehmigungen-im-ersten-halbjahr-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=2; Gerne wurde auf Anfragen auch wie folgt geantwortet: „Wenn hinreichender Verdacht besteht, dass die zu liefernden Rüstungsgüter (...) zu fortwährenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden, wird eine Genehmigung grundsätzlich nicht erteilt.“ https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2017/18-13548.pdf?__blob=publicationFile&v=4

16 https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf

17 Ende 2015 verteidigte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes das Panzergeschäft mit Katar mit den Worten: „Katar hat sich aber von Anfang bis zum heutigen Tag nicht aktiv an Kampfhandlungen im Jemen oder mit dem Jemen beteiligt“ und deswegen seien die Lieferungen von Leopard-2-Panzern dorthin auch unbedenklich. Die Tatsache allein, dass Katar Teil der Golfallianz war, reichte damals nicht aus, um Rüstungsgeschäfte zu unterbinden. Unbeachtet blieb dabei, dass Katar sich zwischen Herbst 2015 und Juni 2017 mit gepanzerten Fahrzeugen, Jagdflugzeugen, Hubschraubern und Militärangehörigen tatsächlich aktiv am Krieg beteiligte. Zit.n.: <http://www.sueddeutsche.de/politik/deutsche-panzergeschaefte-die-katar-connection-1.2734097>

18 <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Peene-Werft-Bau-von-Patrouillenbooten-genehmigt,peenewerft146.html>; <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/TKMS-uebergibt-naechstes-U-Boot-an-Aegypten,uboot702.html>

19 vgl. Positionspapier des BDSV zur Vorbereitung der Großen Koalition für 2018-2021; So informiert z.B. Rheinmetall Investoren darüber, wie sich der Konzern von deutschen Exportregularien „unabhängig“ machen will. https://ir.rheinmetall.com/download/companies/rheinmetall/Presentations/RHAG_IR_CMD_2016_Presentation_3%20Defence.pdf

20 In 2017 machte der Konzern trotz mehrerer nationaler Großaufträge noch immer 45% seines Umsatzes im Rüstungsbereich mit Kunden außerhalb Europas; <https://irpages2.equitystory.com/download/companies/rheinmetall/Annual%20Reports/DE0007030009-JA-2016-EQ-D-00.pdf>

21 zit.n.: <http://www.bits.de/public/pdf/rr16-01.pdf>

Venture Rheinmetall Denel Munition (RDM) pro Jahr in alle Welt.²² Da diese vor Ort entwickelt werden und ohne Technologietransfer aus Deutschland auskommen, sind diese Aktivitäten nach Lesart der Bundesregierung bisher nicht genehmigungspflichtig. Eine durch urgewald angestoßene Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zeigt jedoch, dass hier durchaus Spielraum für die Bundesregierung besteht, da mit einer Gesetzesverschärfung auch Wissenstransfers durch von Rheinmetall entsandte Expert*innen unterbunden werden könnte. Diese Möglichkeiten zur schärferen Kontrolle will die Bundesregierung trotz ihres vermeintlichen Wunsches, Lieferungen an Kriegsparteien zu unterbinden, bisher nicht nutzen.²³

Anderen Konzernen gelingt es über Zulieferungen an Partner in anderen europäischen Ländern deutsche

Exportkontrollen zu umgehen, da bestimmte Geschäfte dann über das Partnerland abgewickelt werden. So beträgt der deutsche Ausrüstungsanteil für den Eurofighter Typhoon, der von Großbritannien aus nach Saudi-Arabien verkauft wird, und im Jemen-Krieg eingesetzt wird, rund 45 Prozent.²⁴ Die Airbus-Tochter MBDA²⁵ liefert Marschflugkörper, Panzerabwehrraketen und Luftbodenraketen an die Kriegsallianz, die bereits im Jemen-Krieg zum Einsatz gekommen sind.²⁶ Es bleibt abzuwarten, ob die neue Bundesregierung tatsächlich versucht, wie sie es im Koalitionsvertrag andeutet, „die restriktive Exportpolitik mit Blick auf Jemen auch bei europäischen Gemeinschaftsprojekten zu verabreden“.²⁷

Bereits in den Sondierungsgesprächen scheiterte die SPD mit dem Vorstoß, genauer prüfen zu wollen,

inwieweit man auch die Auslandsgeschäfte deutscher Rüstungsfirmen besser kontrollieren könne.²⁸ Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zeigt die Möglichkeit auf, auch Joint Ventures und Töchterfirmen von deutschen Rüstungsfirmen in Drittländern unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen.²⁹

Wenn die Bundesregierung das nicht nutzt und dieses Schlupfloch weiterhin nicht schließt, werden deutsche Rüstungsfirmen über diesen (Um-) Weg auch in Zukunft die Länder der Golfallianz mit Kriegsgerät ausstatten und teilweise sogar mit schlüsselfertigen Rüstungsanlagen ausrüsten. Solange die Bundesregierung hier keinen Handlungsbedarf sieht, wie das auch das Wirtschaftsministerium in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach betont hat³⁰, macht sich die neue Regierung weiter am Töten im Jemen mitschuldig.

22 http://www.defenceweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=49215:rheinmetall-denel-munition-commissioning-ammunition-plant-for-new-customer&catid=50:Land&Itemid=105

23 https://urgewald.org/sites/default/files/WD-Studie%20R%C3%BCstungsexporte%20-%20PM%20urgewald%20-%2012.9.2017_final.pdf

24 zit.n.: <https://www.amnesty.de/journal/2017/april/bombengeschaefte-am-golf>

25 Airbus ist mit 37,5% an diesem Unternehmen beteiligt. Weitere Anteilseigner sind BAE Systems (37,5%) und Leonardo (25%).

26 <https://www.caat.org.uk/campaigns/stop-arming-saudi/companies>

27 https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf

28 Entwurf des Koalitionsvertrages, Stand: 01.02.2018

29 <https://www.bundestag.de/blob/531968/6e5cf75c7a041909359a7de8ec73f9dd/wd-3-183-17-pdf-data.pdf>

30 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/123/1812309.pdf>

Kernforderungen: Maßnahmen zum Stopp von Rüstungsexporten in Kriegsgebiete!

Der Krieg im Jemen und das Leid der Menschen müssen ein Ende haben. Von deutscher Seite geht es jetzt vor allem darum, die Rüstungsexporte an die Golfallianz effektiv zu stoppen und auch mögliche Schleichwege für Rüstungsexporte zu schließen. Im Koalitionsvertrag verspricht die neue Regierung die Exportrichtlinien noch in diesem Jahr schärfen zu wollen.³¹ Dafür sind folgende Schritte notwendig:

1. Unerlässlich ist ein **rechtlich fixiertes Exportverbot an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten** – unabhängig davon, ob diese Länder Drittstaaten sind oder der EU oder der NATO angehören. Neben der Golfallianz ist in diesem Kontext unverzüglich ein umfassender Rüstungsexportstopp gegen die Türkei notwendig. Die dramatisch hohen Exportzahlen an autoritäre und kriegführende Regime in den letzten Jahren zeigen, dass unverbindliche Richtlinien völlig ungeeignet sind, um ein Mindestmaß an Menschenrechtsschutz zu garantieren.

2. Ernstgemeinte Rüstungsexportkontrolle beinhaltet ferner, auch die Umgehung deutscher Exportregeln, durch die Gründung von Joint Ventures in Drittländern, zu stoppen. Ebenfalls auf den Index gehören Rüstungsexporte, die über den Umweg anderer EU- oder NATO- Staaten in Drittländer erfolgen.

3. Jegliche staatliche Unterstützung deutscher Rüstungskonzerne, die das Jemen-Ausschlusskriterium umgehen oder weiter in Kriegsgebiete liefern, verbietet sich von selbst. Unternehmen, die sich nicht an dieses Kriterium halten, sollten von weiterer staatlicher Auftragsvergabe kategorisch ausgeschlossen werden (z.B. Ausrüstung für die Bundeswehr). Gleiches gilt für die staatliche Förderung von Altersvorsorgeprodukten: Diese sollten keine Anlagen in Rüstungsunternehmen, die in kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten exportieren, beinhalten.

Auch **Rüstungskonzerne** selbst dürfen sich nicht länger aus der Verantwortung ziehen und nach immer neuen Schlupflöchern im deutschen Exportrecht suchen. Die Absichtserklärung des Waffenherstellers Heckler & Koch die eigene Verkaufsstrategie künftig auf „grüne Länder“ (rechtsstaatliche Demokratien in der EU sowie NATO-Ländern) beschränken zu wollen, deutet an, dass erste Rüstungskonzerne beginnen, sich um ihr öffentliches Image zu sorgen. Hier muss allerdings sehr kritisch beobachtet werden, ob es sich dabei nicht eher um eine Greenwashing-Maßnahme handelt.

Auch die **Finanzindustrie** muss sich ihrer Verantwortung stellen und Richtlinien erlassen, die zumindest solche Rüstungsunternehmen von der Finanzierung und Anlage ausschließen, die an kriegführende oder menschenrechtsverletzende Staaten liefern.

³¹ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018.pdf